

Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigepreise:

Die 8 gespaltenen 34 mm breite Millimeter- oder deren Raum 20 Pf. und Restlinien die 22 mm breite Millimeterzeile 20 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstelle, Erfüllungsort: Halle, Erbsen- u. Mühlentzeile 28 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Deubaustr. 17, Tübingen - Geschäftsstelle: Große Mühlentzeile 28 Pf. Markt- u. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4004.

Bezugspreise:

Der Heft monatlich bei zweimonatlicher Abnahme 3.00 Mark, vierteljährlich 8.00 Mark, durch die Post 3.00 Mark auswärts. Anzeigenpreise. Der Preis wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe. 'Zeitung' gestattet. Fernr. der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142 u. 7911, der Bezugs-Abt. Nr. 1139.

Nr. 101.

Halle, Sonntag, den 23. Februar 1920.

Einzelnummer 15 Pfg.

Ausdehnung der Regierungskrisis?

Deutsche Protestnote an die Entente. — Der Streik der Eisenbahner in Frankreich.

Der ausgegebene Leipziger Messebesuch. Die Regierungsmehrheit soll erhalten bleiben.

Berlin, 23. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Trotzdem die Reichsregierung außer Reichswirtschaftsminister Schmidt und Reichsverkehrswminister Well den für Montag geplanten Besuch der Leipziger Messe aus dienstlichen Gründen bis auf weiteres verschoben hat, wird in Regierungskreisen noch immer die Möglichkeit nicht nur um eine ernsthafteste Rabinetskrise, sondern eine Rabinetskrise ganz allgemein gefürchtet, und es wird eine Darstellimg gegeben, wie man die genannten Minister ihre Reise nach Leipzig gewissermaßen aufgeben hätten, um sich dem Reichs- und Vizeregierung bei deren offiziellen Besuch der Messe anzuschließen. Tatsächlich liegt nach allen Anzeichen die Sache aber so, daß die Krise sich auszubreiten droht und die Koalition Mittel und Wege sucht, den Brand, um einen leidigen Ausbruch zu gebrauchen, zu lokalisieren, das heißt, die jetzige Regierungsmehrheit unverändert zu erhalten. Die Möglichkeit, daß der Reichsverkehrswminister Dr. Well durch den preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten, Deller, ersetzt werden wird, besteht nach wie vor, und da für die Nachfolgerschaft Erbergs eine Reihe bemerkenswerter Namen in Aussicht stehen, das Zentrum nach der Bewirkung dieser Veränderungen also nur noch durch den Reichspostminister Giesberts im Kabinett vertreten sein würde, so gibt das bereits einen Begriff der Schwierigkeiten, die bei der Umbildung des Reichswirtschaftsministeriums zu überwinden sind. Auch das Reichsverkehrswministerium wurde heute in den Bereich der Streitigkeiten einbezogen. Es besteht also Grund genug dafür, das Reichskabinett möglichst zusammenzufassen, damit es nötigenfalls seine Entschlüsse fassen kann. Wie gestern abend trat auch heute nachmittags das Kabinett zu einer Sitzung zusammen, um das Thema abgeben müßte, die aber sicher auch an der Streitfrage nicht vorbeigehen ist. Die Fraktionen des Reichstages hielten heute keine Fraktionsführungen ab, mit Ausnahme der Demokraten, die abends zu Beratungen über abgewendete politische Fragen zusammentraten. Nicht ohne Interesse ist es, daß von der bevorstehenden Umgestaltung des Ministeriums auch der Name des preussischen Finanzministers Dr. Siebekus genannt wird. Der Gegenstand, in dem sich dieser in der Entschädigung für das Königsbäumchen mit einem großen Teil seiner Partei befindet, ist der Sache nach kein solcher, der nur durch einen Satz Südbankum erleidet werden könnte.

Wie wir hören, steht in später Stunde wieder ein Zentrumsgaberdirektor als Nachfolger Erbergers im Vordergrund der Diskussion.

Das Loch im Westen.

Neu-deutsche Protestnote.

Berlin, 23. Februar. (Drahtnachricht.) Wegen des Loches im Westen ist nunmehr eine erneute deutsche Protestnote durch die deutsche Friedensdelegation an die Gesamtheit der alliierten und assoziierten Regierungen dringlich gerichtet worden. Darin wird auf die Zustände hingewiesen, die infolge des unbeschränkten Warenverkehrs über die westliche Grenze Deutschlands unrichtige Waren in großen Mengen gegen Zahlung in Mark in Deutschland eingeführt werden, während die unentbehrlichen Bedürfnisse Deutschlands an Lebensmitteln und Kleidung mancherlei Versehen nicht gedeckt werden können. Durch die damit verbundene Verzerrung unserer Balance wird nicht allein Deutschland, sondern es werden beträchtliche auch die Länder geschädigt, denen Deutschland Leistungen aus dem Friedensvertrage schuldet. Die Vollzugsfähigkeit Deutschlands wird mit dem Einlen der deutschen Währung und mit der Unmöglichkeit, durch eine genügende Ernährung und Bekleidung die Bevölkerung zu heben, immer geringer. Solche Fehler, deren Zustand dringend bedarf, werden ausgeschlossen und dagegen zum großen Teil entbehrliche Waren eingeführt, wobei die deutsche Regierung verhandelt wird, dagegen einzuwirken. Bei dem Besuch der Reichsregierung im westlichen Industriegebiet wiederholten sich die Vorgänge immer wieder aufs neue, daß es wegen des Einlen der deutschen Währung nicht gelingt, ebenbürtige und Befriedigung zu erzielenden Preisen ins Land zu bringen, um die Vollzugsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung zu steigern. Die Frage ist es dringlichst, ob die Aufhebung der betreffenden deutschen Vorschriften berechtigt wird. Jedenfalls findet sich auch im Friedensvertrage keine Zustimmung, die die Aufrechterhaltung dieser folgenreichen Bestimmungen würde. Die deutsche Regierung erklärt sich wiederholt gern bereit, den wirtschaftlichen Bedürfnissen Frankreichs und Belgiens gerecht zu werden und mit diesen Ländern über wertmäßig begrenzte Zertifikate

zu verhandeln, die von dem deutschen Einfuhrverbot ausgenommen sein sollten. Die Note erbittet dringend einen günstigen Beschluß der alliierten und assoziierten Mächte, wodurch die Verfügungen der betreffenden Beschäftigten über die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrbestimmungen außer Kraft gesetzt werden.

Generalkreitsbeschuß der französischen Eisenbahner.

Paris, 23. Febr. (Drahtnachricht.) Der Nationalbund der Eisenbahner hat den Generalkreits beschlossen.

Militärische Besetzung französischer Bahnen. Abtransport von Truppen aus Elsass-Lothringen.

Berlin, 23. Febr. (Drahtnachricht.) Dem Besizer der Reichsregierung der Genz-Zeitung 'Zukunft' wird von zentraler französischer Seite mitgeteilt, daß die französischen Truppen in Elsass-Lothringen um militärischen Besetzung der Eisenbahnen nach Frankreich abtransportiert werden.

Die deutschen Kohlenlieferungen. Die Abholung der Kohlen.

Berlin, 23. Febr. (Drahtnachricht.) Zu der Meldung, die französischen beanspruchen, die deutschen Kohlenlieferungen unmittelbar an den Boden zu liefern, ebenso die Abholung aller auf die Halben gestellten Kohlen, wird von amtlicher Stelle verneint. Die deutsche Regierung habe der Entente auf ihren Wunsch für die Dauer des Streikes in Holland das Recht zugestanden, Teile der Kohlenlieferung mit ihren Wägen in Duisburg-Quartier abzuholen zu dürfen. Ausdrücklich ist aber betont worden, daß kein Zwangsgrundbesitz für die Kohlenlieferungen frei Grenze des empfangenden Landes zu bewerkstelligen. Ein Anspruch auf die Halben gestellten Kohlenenergie erhebt die Entente nicht. Sie will davon nur den Ausfall decken, der in den deutschen Kohlenlieferungen wegen höherer Gewinne, wie Holzwaare und Streif, entstanden ist. Die deutsche Regierung hat jedoch eine nachdrückliche Bedingung solcher Ausfälle von Kohlenmengen abgelehnt.

Neun Ruhrzehen im Streik. Gegen die eingeschärften Ueberkungen.

Essen, 23. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Im Ruhrgebiet streiken seit gestern die Arbeiter von neun Zehnen. Die Bewegung richtet sich gegen die einschärften Ueberkungen, anstatt von der Rheinischen Arbeiterunion, welche streikend ist. Die Ausführenden haben sich zu Nichtbescheiden bereit erklärt. Sabotage hat nicht zu befürchten. Das Reichskommissariat hofft, daß die Schwierigkeiten bald behoben sein werden.

Die Preise für landwirtschaftliche Produkte. Sitzung des Reichsrats.

Berlin, 23. Februar. (Drahtnachricht.) In der öffentlichen Sitzung des Reichsrates, die am Sonnabend unter dem Vorsitz des Ministers Dr. David stattfand, wurde eine Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte 1920 angenommen. Unter Beibehaltung der öffentlichen Bewirtschaftung sollen danach die an die heimischen Verbraucher zu zahlenden Mindestpreise für die Tonne Weizen und dem Weizen gleichwertige Getreidearten mindestens 1100 Mark, für Roggen, Gerste und Hafer 1000 Mark und für die Tonne Kartoffeln 500 Mark betragen. Die Bekanntmachung der neuen Preise soll noch vor der Kräfteüberstellung erfolgen. Ueberkungen sollen die Preise nach Beginn der Ernte nach einer Reihe von Jahren, auch im Sinne einer eventuellen Steuererhöhung, wenn sich der Umfang einigermaßen übersehen läßt. Der Reichsminister rief dies darauf hin, daß von einer Steigerung der Produktion landwirtschaftlich das Schicksal des deutschen Reiches anhängt. Gegen die Stimmen von Sachsen und Bremen wurde eine Verordnung über eine weitere Ermäßigung der Tabaksteuer angenommen. Die ursprüngliche Regierungsvorordnung wollte eine Ermäßigung auch für das Zigarettenvermögen herab senken, daß sich die Steuerhöhe für die obersten vier Klassen um 40 Prozent erniedrigen. Der Wunsch des Reichsrates hat für das Zigarettenvermögen aber fünf obersten Klassen die Ermäßigung zugesichert und sie auf 50 Prozent erhöht. Um dem Zigarettenvermögen einen Ausgleich zu schaffen, wurde die Ermäßigung für dieses von 75 auf 75 Prozent erhöht. Ueberkungen auch für die meisten Reichsratsmitglieder war der Entwurf eines Beschlusses, der auch auf der Tagesordnung der Sonnabendsitzung stand.

Ungarns Genesung. Von unserem Korrespondenten.

Budapest, den 22. Februar 1920. So lehrte dieser Tage nach Budapest zurück und fand es seit der Weihnachtszeit nicht verändert. Damals war die Stadt wie abgestorben. Niemand arbeitete mehr, da der Geschäftsgewinn jedem weggewonnen wurde. Die Bevölkerung hungerte auf der Straße herum und die Arbeiter konnten für ihren Monatslohn von 3000 Kronen weniger laufen als für ihre früheren dreihundert Kronen. Fast die einzigen Maßnahmen, die liefern, waren die Druckmaschinen für die Papierindustrie, die mühenlos die Wertpapiere aufkauften, daß die Geküme nur einleitlich gebracht werden konnten. Ungarn war unter der Gewaltthatigkeit der Rot-Kommissare so tief gesunken, daß es den einst so verdorbenen Rumänen als Paradies herbeiziehen und begrüßen mußte. Die kleine Minderheit von Terroristen, die damals Budapest besaßen, zerfiel beim Einmarsch der Rumänen in alle Winde. Nun erobert die 'Raktion' ihr Haupt. Es entspricht der jähren Empfindungsweise der Ungarn, von einem Extrem ins andere zu fallen. Als Graf Karolyi die Revolution inszenierte, wurde in Klagen verabschiedet, wie der ungarische Arbeiter dem nordem nichterfahrenen König Karl einen Austritt gibt und den Doppelhaushalt zerstört. Als dann über Nacht die Räterepublik verfallen wurde, schämten sich die in Gefangenschaft gehaltenen Budapest-Bürger mit großen roten Kosteln, bestanden die ängstlichen Kaufleute ihre Schaufenster mit Hofreden auf die Proletarier-Republik. Ungarn oder vielmehr Budapest verteilte von einem Tadel in den anderen, von einer Enttäuschung in die andere. Der Volkshumilis hat der Wiederkehr des alten Regimes entgegenarbeitet. Man lehnt sich nach dem glücklichsten früheren Zeiten. Die Christlich-Sozialen sind heute die herrschende Partei.

Budapest ist wieder zu frühlichem Leben erwacht. Das Gesellschaften ist wieder erblüht, die Lebensmittelpreise sind besänftigt. Auch die ungarischen Soldaten können sich wieder in ihre Heimat zurückziehen. Die Wirtschaft der sozialistischen Theoretiker rückt Deutlich unrettbar zu Grunde. Wien hungert, während das Hinterland voller Lebensmittelpreise steht. Aber die Wirtschaftspolitik verfehlt es, um in ihr Schisma und ihre Macht aufrecht zu erhalten. Das Land von der Stadt abzulassen, während der Hungertod in Wien wütet, die Wirtschaft nicht anders zu tun, als das Einkommen von Lebensmitteln in viele unglückliche Stadt mit allen Kräften zu verhindern. Die Zwangswirtschaft treibt die Schmutzpreise in schabakale Höhen. Die Sozialisten ermeremotieren die Feiere Donaufahrt zu Tode und die Christlich-Sozialen helfen mit, weil sie von der Fernweisung ihrer Nahrung in die Nacht erhoffen. Eine Straßenbahnfahrt kostet in Wien über 2 Kronen und es wird nicht lange dauern, dann wird sie fünf Kronen kosten. Man kann daraus aufschauen die Lage der Gewerkschaften ermessen. Wie es mit der Freiheit unter der sozialistischen Herrschaft bestellt ist, dafür ein Beispiel aus neuer Zeit. Ein Arbeiter hatte sich geweigert, der sozialdemokratischen Gewerkschaft beizutreten. Darauf trat die übrige Arbeiterchaft in Streik und die Regierung entschied, daß die Fabrik den organisationsunfähigen Arbeitern entlassen müßte oder sonst die Sozialisierung zu gewärtigen hatte. Die verkehrsrechtliche Verbotkraft der Wiener Regierung aber war wohl die Arbeit ungarischer Arbeiter für ein wirtschaftliches Ueberkommen, das für Wien die Situation aus aller Not bedeutet. Die Sozialisten auf den Wiener Ministerialen haben es abgesehen, weil sie mit den realistischen Nachbarn in Budapest nichts zu tun haben wollen. Während Herr Renner, der sein Wort französisch versteht, von den Kronen in Paris an der Nase herumgeführt wird, ist die ungarische Wirtschaft mit ihren weitergehenden vorantastlichen Beschlüssen, besonders zu den englischen Diktatoren, in ausdehrender Weise für Unruhen tätig. Bereits ist ein Umsturz in England herbeigeführt, der die Rumänen herab macht. Man ist sehr überzeugt, daß die ungarische Regierung den Frieden nicht unterzeichnen wird und die Entente heißt eine Nachmittage, um die Unterwerfung durchzuführen. Der Optimismus, der hier in Budapest wieder erblüht, hat seine herrschaftliche Grundlage in dem unerschöpflichen Reichtum des Landes und seiner Arbeitskraft. Die Demonstrationen der Plöckade können hier nicht Anwendung finden und die Rumänen und Serben sind nicht zu kriegerisch und viel zu sehr durch die hochentwickelte Gelehrten von Norden genährt, als daß sie sich einen neuen Krieg mit Ungarn leisten können. Der Friedensvertrag nimmt Ungarn etwa 1/3 des Landes und seiner Bevölkerung, aber das in tausendjähriger Geschichte bewährte ungarische Volk wird keine von Rumänen durchgeführten entzerrten Gebiete ebenso wenig preisgeben wie Deutschland den deutschen Elben. Die auf einem Augenblickserfolg aufgestaute einseitige Günstigkeitspolitik der Entente hat auch hier im südöstlichen Europa einen Zustand bewirkend und hierin gelockt. Das ungarische Nationalbewußtsein ist nun erwacht. Das jetzt fast vor allem auch darin, daß der ungarische Arbeiter nicht mehr von Klassenlampf wiffen will. Er ist aus dem sozialdemokratischen

